



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2016

---

## **Verworrener Steuerstreit - willkürliche Strafzinsen**

Matteotti, René

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-200000>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Matteotti, René. Verworrener Steuerstreit - willkürliche Strafzinsen. In: Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 2016, 12.

Verworrener Steuerstreit

# Willkürliche Strafzinsen

Gastkommentar

von RENÉ MATTEOTTI

Geschätzte 600 Millionen Franken Verzugszinsen hat der Bund in den letzten drei Jahren rund 200 Unternehmen in Rechnung gestellt. Diese hatten im Zusammenhang mit Gewinnausschüttungen Meldungen an die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) nicht rechtzeitig vorgenommen. Während in den Jahren 2004 bis 2012 bei der Verrechnungssteuer Bussen und Verzugszinsen von jährlich 20 bis 40 Millionen Franken eingenommen wurden, schnellte der in Rechnung gestellte Betrag alleine im Jahre 2013 in die Höhe, und zwar auf rund 320 Millionen Franken.

Auslöser für den sprunghaften Anstieg bei der Einforderung von Verzugszinsen war ein Bundesgerichtsurteil von 2011: Das höchste Gericht entschied, dass bei Dividenden, die innerhalb eines Konzerns ausgeschüttet werden, nachträglich die Verrechnungssteuer abgeführt werden muss, falls die Transaktion der ESTV nicht innerhalb der Frist von dreissig Tagen gemeldet worden ist. Seit drei Jahren beschäftigt sich nun das Bundesparlament mit den Auswirkungen dieses Entscheids. In beiden Kammern hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass es rechtssystematisch verfehlt ist, die Erfüllung der Verrechnungssteuerpflicht durch Meldung zu verweigern und Verzugszinsen bei verspäteter Meldung zu erheben, wenn doch von Anfang an klar ist, dass der Bund die nachträglich erhobene Verrechnungssteuer wieder zurückerstatten muss. Wie kann man unter diesen Umständen Millionen Verzugszinsen in Rechnung stellen, wo doch der Bund bloss Depositär der Verrechnungssteuer und die Muttergesellschaft der wirtschaftlich Berechtigte ist?

Die Pièce de Résistance im Gesetzgebungsverfahren bleibt jedoch die Frage, ob das neue, mildere Recht auch für die bestehenden Fälle zur Anwendung gelangen soll, wie dies der Nationalrat will. Kritiker der umstrittenen Übergangsbestimmung sprechen von einem verfassungsrechtlichen Sündenfall und stützen sich dabei auf ein Rechtsgutachten des Bundesamts für Justiz. Eine sofortige Anwendung der neuen Regelung auf bereits in Rechnung gestellte Verzugszinsen würde gegen das Rückwirkungsverbot verstossen, so die Argumentation. Doch verbietet die Verfassung tatsächlich die Anwendung des mildernden Rechts auf die in der Schwebe stehenden Verzugszinsforderungen von 600 Millionen Franken? Verzugszinsen haben gemäss Bundesgericht zum Zweck, den Zinsverlust des Gläubigers und den Zinsgewinn des Schuldners auszugleichen. In einem Entscheid bezeichnete das Bundesgericht damals vom Kanton Tessin erhobene Steuerzinsen als verfassungswidrig, weil sie offensichtlich keinen Ausgleich für einen vom Gläubiger erlittenen Zinsnachteil infolge Säumnis des Schuldners darstellten. Genau dies trifft auf die nun vom Bund in Rechnung gestellten Verzugszinsen von rund 600 Millionen Franken zu. Zwar müssen Unternehmen, die ihre konzerninternen Dividendenausschüttungen nicht innerhalb von dreissig Tagen im Rahmen des Meldeverfahrens

der ESTV mitteilen, nach dem oben erwähnten Bundesgerichtsurteil nachträglich die Verrechnungssteuer abführen. Die Konzerne können die Verrechnungssteuer jedoch sofort (i. d. R. innert dreissig Tagen) wieder zurückerstatten lassen. Dennoch erhebt die ESTV Verzugszinsen von 5 Prozent. Dies geschieht, obwohl weder beim Unternehmen, das die Dividende ausgeschüttet hat, noch bei der Muttergesellschaft, die die Dividende erhält und als Ertrag verbucht, irgendeine ungerechtfertigte Bereicherung eintritt. Auch der Bund erleidet durch die verspätete Meldung keinen Schaden.

Infolge der derzeitigen Praxis werden Verzugszinsen erhoben, die weder eine Abschöpfung eines Zinsgewinns im Konzern noch eine Entschädigung für einen Zinsverlust beim Bund darstellen. Die bei Verpassen der Meldefrist erhobenen Verzugszinsen dienen nicht dem Ziel, irgendeinen Schaden zu kompensieren oder einen ungerechtfertigten Vorteil abzuschöpfen. Sondern sie schiessen weit über den vom Bundesgericht umschriebenen Zweck von Verzugszinsen hinaus und erweisen sich als willkürlich. Sie lassen sich insbesondere auch nicht mit Rechtsgleichheitsüberlegungen rechtfertigen. Nach den vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) entwickelten Kriterien stellen die erhobenen Verzugszinsen gar Strafen dar, da sie nicht auf die finanzielle Wiedergutmachung eines Schadens abzielen, sondern im Ergebnis vorwiegend strafenden Charakter haben.

Die Gesetzesreform will diese willkürlichen und ungerechtfertigten Strafzinsen beseitigen und einen verfassungskonformen Zustand herstellen – auch rückwirkend. Eine entsprechende Übergangsbestimmung steht im Einklang mit anderen Gesetzesrevisionen. Erinnert sei beispielsweise an das Vorgehen bei der Aufhebung der Erbenbussen. Der Gesetzgeber sah es als notwendig an, den damaligen Verstoß gegen die Verfassung und die Europäische Menschenrechtskonvention rückwirkend zu beseitigen. Die Übergangsbestimmung hielt entsprechend fest, dass bereits ausgefallte Bussen nicht mehr vollstreckbar sein sollen. Die vorgeschlagene Rückwirkung ist in zeitlicher Hinsicht sachlich begründet und damit verhältnismässig. Sie verschafft dem Rechtsgleichheitsgebot Nachachtung und kommt einem Akt der Fairness gleich.

René Matteotti ist Professor an der Universität Zürich und hat für Expertsuisse ein Rechtsgutachten zur Verfassungskonformität der Gesetzesrevision verfasst.